

Der Kantonsrat gibt Kenntnis von folgenden Beschlüssen, die an der 9. Sitzung vom 5. Mai 2025 gefasst worden sind:

1. Vom Rücktritt von Cynthia Kurz und Michèle Hubmann Trächsel als Behördenmitglieder der KESB nach Ende des Mutterschaftsurlaubes respektive per 31. Oktober 2025 wird Kenntnis genommen.
2. Dem Wunsch der FDP-Die Mitte-Fraktion, in der Spezialkommission 2024/8 «Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die finanzielle Entlastung von Familien mit einem Kind mit besonderen Bedürfnissen beim Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung («Betreuung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen»)» alt Kantonsrat Urs Wohlgemuth durch Vanessa Le Donne zu ersetzen, wird entsprochen.
3. Die Spezialkommission 2023/11 meldet den Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 21. November 2023 betreffend Erhöhung des Ortsverkehrsbeitrages und Bereitstellung finanzieller Mittel für touristische Ausflugsverkehre verhandlungsbereit.
4. Die Spezialkommission 2024/11 meldet den Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 6. August 2024 betreffend Teilrevision des Steuergesetzes (Anteil der Gemeinden an der direkten Bundessteuer) 2. Lesung verhandlungsbereit.
5. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 8. April 2025 betreffend Änderung des Landwirtschaftsgesetzes wird einer 9-er Spezialkommission zur Vorberatung überweisen.
6. Bei einem absoluten Mehr von 28 Stimmen wird Frau Carmen Wild mit 55 Stimmen als Staatsanwältin (Allgemeine Abteilung) für den Rest der Amtsperiode 2025-2028 gewählt.
7. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 13. August 2024 betreffend Teilrevision des Steuergesetzes (Anteil der Gemeinden an der direkten Bundessteuer) wird in zweiter Lesung beraten. Der Teilrevision des Gesetzes wird mit 56 : 0 Stimmen (0 Enthaltungen) zugestimmt. Bei 56 an der Abstimmung teilnehmenden Ratsmitgliedern wird die Vierfünftelmehrheit von 45 Stimmen erreicht. Das Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum. Weiter wird in diesem Zusammenhang der Anpassung des Finanzausgleichsdekrets mit 55 : 1 Stimmen (0 Enthaltungen) zugestimmt.
8. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 21. November 2023 betreffend Erhöhung des Ortsverkehrsbeitrages und Bereitstellung finanzieller Mittel für touristische Ausflugsverkehre wird in erster Lesung beraten.
9. Mit der Beratung des Berichts und Antrags des Regierungsrats vom 21. Januar 2025 betreffend Legislaturprogramm 2025 bis 2028 inklusive Rechenschaftsbericht 2021 bis 2024 wird begonnen.